



Broemme meint

Elektroantrieb – eine Retro- Innovation?

(BS) Die Berliner Feuerwehr stellte kürzlich als Neuheit ein elektrobetriebenes Löschfahrzeug in den Dienst. Auch das Beschaffungsverfahren musste innovativ sein. Bereits 120 Jahre vorher führte die Berliner Feuerwehr als Weltneuheit den ersten elektrobetriebenen Löschzug ein, der die Pferdegespanne ablöste. Ein wichtiger Aspekt dieser technischen Revolution um 1900 waren die Bedenken der Feuerwehr, mit Benzin getriebenen Explosionsmotoren zu Brandstellen zu fahren...

Die heutigen Gründe für den innovativen Schritt eines wendigen, hochleistungsfähigen Löschfahrzeuges sind andere als die Sorgen vor der vermeintlichen Explosionsgefahr. Im Kern ist es der Wille zur Innovation, zum Fortschritt, um die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr beim Retten und Löschen zu steigern. Möge dieser "zweite Anlauf" zur Einführung von elektrobetriebenen Feuerwehr-Fahrzeugen einen dauerhaften Durchbruch erzielen!

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Sicherheit im NotSanG nicht gegeben

(BS) Das Bundeskabinett hat einem Referentenentwurf aus dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) für das "[Gesetz zur Reform der technischen Assistenzberufe in der Medizin und zur Änderung weiterer Gesetze](#)" zugestimmt. Teil dieses Reformgesetzes ist auch eine Änderung des Notfallsanitättergesetzes (NotSanG). Der Entwurf soll den Notfallsanitäterinnen und -sanitätärern mehr Rechtssicherheit bei eigenverantwortlicher Ausübung von heilkundlichen Tätigkeiten geben. Dazu sollen klar definierte Grenzen diese Maßnahmen erlauben.

Sanitätärer dürfen nach dem Entwurf heilkundliche Maßnahmen durchführen, wenn diese in der Ausbildung erlernt wurden und erforderlich sind, also wenn Lebensgefahr besteht oder Folgeschäden vom Patienten abzuwenden sind. In der Begründung des Entwurfs heißt es, die Bundesregierung habe die Forderung nach Regelungen aus den einschlägigen Kreisen aufgegriffen.

Kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber...

Die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG) begrüßt die Novellierung des Gesetzes. Es sei ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) kritisiert den Entwurf jedoch stark. Es seien Regelungen in dem Papier, die dem Ziel der Rechtssicherheit nicht gerecht würden. Die Hilfsorganisation sieht Verbesserungsbedarf bei den Voraussetzungen von heilkundlichen Maßnahmen durch Notfallsanitätärer. So sollen Sanitätärer erst Maßnahmen durchführen, wenn eine vorherige ärztliche Abklärung unmöglich ist. Die JUH kritisiert diese Voraussetzungen als nicht geeignet. "Im Falle der späteren Aufarbeitung einer



Der nun gebilligte Entwurf zur Reform des Notfallsanitättergesetzes ruft weiterhin die Kritik von Organisationen und Verbänden hervor.

Foto: BS/Thomas G., pixabay.com

Behandlungssituation, bei der die Rechtmäßigkeit heilkundlicher Maßnahmen zu bewerten ist, müsste die Unmöglichkeit der ärztlichen Abklärung von der Notfallsanitätärerin oder dem Notfallsanitätärer dargelegt werden. Dabei ist die spätere Nachweisbarkeit der Unmöglichkeit der ärztlichen Abklärung praktisch kaum zu erbringen", heißt es von Seiten der Hilfsorganisation. Ebenso sei die Haftungsfrage nicht geklärt. Die JUH schlägt als Regelung vor, dass bei einem eingetretenen Schaden am Patienten primär die Haftpflichtversicherung des Arbeitgebers als Dienstherr in Anspruch zu nehmen ist.

Der Deutsche Berufsverband Rettungsdienst (DBRD) sowie das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hatten schon beim Bekanntwerden des Entwurfs starke Kritik geübt (Der Behörden Spiegel berichtete, Ausgabe 15 KW 37). Der DBRD befürchtete damals einen Rückfall des Rettungsdienstes in die 1980er-Jahre. Die Zustimmung des Bundesrates vorausgesetzt, treten die neuen Regelungen zum NotSanG voraussichtlich im Frühjahr 2021 in Kraft.

Mehr Mitglieder in JF

(BS) In Thüringen engagieren sich wieder mehr Jugendliche ehrenamtlich bei den Feuerwehren. Ihre Zahl wuchs 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Prozent auf 13.267. Über 900 Angehörige der Jugendfeuerwehren fanden zudem den Weg in die Einsatzabteilungen.

Insgesamt engagieren sich im Freistaat 33.418 Ehrenamtliche aktiv bei den Feuerwehren. Sie machen dort 97 Prozent aller Feuerwehrleute aus. Die Anzahl der hauptamtlichen Einsatzkräfte bei den Thüringer Berufsfeuerwehren wuchs dadurch um 100 Personen, wie aus dem aktuellen Brand- und Katastrophenschutzbericht des Landes hervorgeht.

Demnach kam im vergangenen Jahr kein Feuerwehrangehöriger im Einsatz ums Leben. Die Zahl der Brandtoten hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert – von 29 auf 15. Angestiegen ist in Thüringen hingegen die Zahl der im Einsatz geborgenen tödlich verletzten Personen. Ihre Zahl belief sich 2019 auf 373. Dieser Umstand ist aller Wahrscheinlichkeit nach darauf zurückzuführen, dass neben den Verkehrstoten auch die im Rahmen der zunehmenden Einsätze zur Unterstützung im Rettungsdienst und in Amtshilfe für Polizei tot geborgenen Menschen mitgezählt wurden. Zugleich ist die Zahl der Feuerwehreinsätze im Freistaat im vergangenen Jahr – verglichen mit 2018 – um 4,3 Prozent zurückgegangen. Dies entspricht einem Minus von 1.486 Einsätzen auf 32.683 Einsätze.

Digitale Versammlung

(BS) Die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF) hat erstmals aufgrund der Corona-Pandemie ihre Delegiertenversammlung digital durchgeführt. Die Versammlung wurde per Livestream abgehalten und in personalisierten, digitalen Wahlkabinen abgestimmt.

"Die Entscheidung, virtuell zu tagen, haben wir uns nicht leichtgemacht. Für uns bei der DJF und für mich persönlich bedeutet die Delegiertenversammlung sehr viel. Die persönliche Begegnung mit der Jugendfeuerwehr-Familie gehört zu den absoluten Highlights des Jahres", sagte Bundesjugendleiter Christian Patzelt zu der Entscheidung.

Neben Patzelt leiteten der Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Hermann Schreck, die Mitglieder der Bundesjugendleitung, Dirk Müller, Matthias Görgen und Jörn-Hendrik Kuinke, sowie die Bundesjugendreferentin, Antje Koch, die Versammlung aus einem Berliner Studio.

Die 175 Delegierten bestätigten mit 88 Prozent der Stimmen Willi Donath als Fachausschussvorsitzenden für den Bereich Jugendpolitik und Integration. Er würde für die weiteren zwei Jahre das Amt übernehmen. Außerdem beschlossen die Delegierten, den Deutschen Jugendfeuerwehrtag aufgrund der aktuellen Lage auf das Jahr 2022 zu verschieben. Der Jugendfeuerwehrtag hätte eigentlich im kommenden Jahr stattfinden sollen. Die nächste Versammlung wird voraussichtlich im Mai 2021 zusammenkommen.

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie des Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 1. Oktober:](#)

- Die BSC 2020 steht vor der Tür
- Das Kommando CIR hat einen neuen Inspekteur

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 5. Oktober:](#)

- Cyber Crime gewinnt an Bedeutung
- Neues geplantes Polizeigesetz umstritten
- Disziplinarstatistik veröffentlicht

[Podcast "Public Sector Insider" vom 6. Oktober:](#)

- Extremismus bei der Polizei
- Schluss mit der Paktiererei
- Für alle zugänglich

[Newsletter "E-Government, Informati- onstechnologie und Politik" vom 7. Oktober:](#)

- Mehr Transparenz bei der OZG-Umsetzung
- Digitalisierungshotspot Baden-Württemberg



Sparen Sie 10% AUF DEN GESAMTEN EINKAUF

Jetzt taktische Zeichen und viele weitere Produkte bestellen um optimal für den Einsatz ausgerüstet zu sein.

Vermerken Sie bei der Bestellung das Codewort **BEHÖRDENSPIEGEL** und profitieren Sie von dem Rabatt bis zum 15.12.2020.



www.ultak.de
Service-Nr: 07761-7044
info@ultradex.com



Erstes eLHF präsentiert

(BS) Die Berliner Feuerwehr hat ihr erstes elektrobetriebenes Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeug (eLHF) vorgestellt. Sie ist die erste deutsche Berufsfeuerwehr, die solch ein Fahrzeug erprobt. Die einjährige Testphase findet auf drei Feuerwachen statt.

Diese befinden sich im Stadtzentrum innerhalb der Umweltzone. Mithilfe des eLHFs sollen Dieselruß-, Luftschadstoffe und Lärmemissionen eingespart werden. Ein weiteres Auswahlkriterium waren die Alarmzahlen der Feuerwachen. Das Fahrzeug soll im gesamten kommenden Jahr auf hoch frequentierten Wachen erprobt werden. Das Pilotprojekt soll im kommenden Jahr starten. Ende dieses Jahres werden die Feuerwehrleute geschult. Sie absolvieren unter anderem ein Fahrsicherheitstraining mit dem eLHF. Die Erkenntnisse aus den Einsätzen des neuen eLHFs werden gesammelt und analysiert. Bei erfolgreichem Projektverlauf ist ab 2022 eine deutliche Ausweitung der LHF-Flotte mit Elektro-Antrieben

bei der Berliner Feuerwehr vorgesehen. Bei dem Fahrzeug handelt es sich um ein Vorserienmodell, das nicht auf einem LKW-Fahrgestell basiert. Vielmehr ist es eine komplette Eigenentwicklung des Herstellers Rosenbauer.

Zum Laden des Fahrzeugs kommen auf den Feuerwachen Schnellladesysteme zur Anwendung, die eine Ladeleistung von über 199kW ermöglichen. Getestet werden zwei Systeme. Das erste System wird direkt an das öffentliche Stromnetz angeschlossen. Das zweite System ist mit einem Batteriepuffer ausgestattet, der die notwendige Hausanschlussleistung auf bis zu elf kW reduzieren kann. Der elektrische Antrieb wird dabei grundsätzlich mit Ökostrom aufgeladen. Die exakte Dauer bis zur vollständigen Aufladung ist im Rahmen der Erprobung zu erheben. Schätzungsweise wird die Ladedauer 30 Minuten betragen. Die Reichweite des eLHFs beläuft sich auf mehr als 300 Kilometer und die Akkulaufzeit reinelektrisch



Die Berliner Feuerwehr hat ihr erstes eLHF erhalten. Bei der Übergabe anwesend war auch Innensenator Andreas Geisel (SPD).

Foto: BS/Feldmann

auf etwa 60 bis 90 Minuten. Zusätzlich weist das Fahrzeug einen Reichweitenverlängerer auf. Dabei handelt es sich um einen Dieseltank mit einem Fassungsvermögen von 130 Litern. Dadurch ist das eLHF auch bei langanhaltenden Einsätzen sowie Katastrophenschutzfällen uneingeschränkt nutzbar. Denn über den "Range Extender" kann das Fahrzeug in solchen Lagen an der Einsatzstelle nachgeladen werden.

Kommunikationslösung für Behörden made in Hannover

(BS/Andreas Remmers*) Im Oktober und November wird TASSTA Webinare zum Thema Mission-Critical LTE und Push-To-Talk / Push-To-Video veranstalten. Harald Ludwig, designierter Vorsitzender des TCCA Technical Forums, wird das ETSI 3GPP MCX Training leiten. Nach Absolvierung des Trainings wird ein Zertifikat ausgestellt. Mehr

Informationen erhalten Sie hier: www.tassta.com.

Als exklusiver Partner des Samsung Galaxy XCover FieldPro in Deutschland bietet die TASSTA GmbH professionelle und sichere Lösungen im Bereich Kommunikation, Lokalisierung und Organisation. Während kritischer Einsätze stellt die Kommunikation eine Herausforderung für die Feuerwehr dar. Hierbei bieten TASSTAs verschiedene Applikationen die nötige Unterstützung. Darunter TASSTAs T.Flex - eine mobile Applikation, die speziell für professionelle Push-to-Talk und Notfall-Nutzer entwickelt wurde.

T.Flex bietet eine Push-to-Talk Applikation, die Möglichkeit zum Gruppenruf sowie die Messenger-Funktion zur Übermittlung einsatzbezogener Informationen und Dokumente. Zudem ermöglicht TASSTAs zertifizierte Personen-Notsignal-Anlage (gem. DGUV 112-139) die Alarmierung von Einsatzkräften mit sofortiger Rückmeldung.

Die genaue Lokalisierung von Fahrzeugen und Personen während eines Einsatzes ist

unerlässlich, wofür TASSTA Lösungen zur Implementierung des eigenen Kartenmaterials inkl. Geofencing bereitstellt. Eine weitere Lösung bietet die Übertragung von Vitaldaten der mit Atemschutz ausgestatteten Einsatzkräfte. Ebenfalls wird die Übertragung verschiedenster Dokumente ermöglicht. Über AdHoc Netze (WiFi / LTE) kann schnell eine eigenständige Kommunikationslösung mit Anbindung an das öffentliche Netz realisiert werden, sodass Einsatzkräfte miteinander kommunizieren können, auch wenn das öffentliche Netz überlastet ist. Optional können andere Funksysteme einbezogen werden.

Für die Bewältigung von Krisen und Notfällen ist eine stabile und effektive Kommunikation entscheidend. Mit dem Galaxy XCover FieldPro hat Samsung ein robustes Smartphone speziell für die Mission-Critical Kommunikation entwickelt.

*Andreas Remmers ist Vice President Sales bei TASSTA GmbH.



Indoor- & Outdoor-Lokalisierung | Gruppen- und Einzelrufe | verschlüsselte Kommunikation

Foto: BS/TASSTA

Projekt für mehr Schutz

(BS) Das Projekt "Angriffe auf MitarbeiterInnen und Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben" (AMBOSafe) ist unter der Koordination des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) gestartet. In dem Projekt sollen neue Konzepte zur Gewaltprävention für Einsatzkräfte sowie Maßnahmen zur Erhöhung des Eigenschutzes entwickelt werden. Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Förderrichtlinie "Anwender – Innovativ: Forschung für die zivile Sicherheit II" gefördert.

Auch die Täter im Fokus

Konkret soll in dem Vorhaben eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation zum Themenkomplex "Gewalt gegen Bedienstete mit helfender und solcher mit normdurchsetzender Funktion" durchge-

führt werden. Zusätzlich untersuchen die Projektpartner auch die Täterperspektive durch Befragungen und Aktenanalyse. Außerdem werden drei Übungsszenarien betrachtet, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen. Bei den Szenarien werden eine kritische Situation im Rahmen eines Einsatzes im häuslichen Umfeld, Ausschreitungen von Sportfans in einem Bahnhof und ein Zwischenfall in einer Klinik-Notaufnahme mit einer psychisch erkrankten Person simuliert. Das Projekt läuft zwei Jahre.

Die Kriminologische Zentralstelle (KrimZ) und die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) sind Verbundpartner bei dem Projekt. Als assoziierte Partner konnten unter anderem das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), die Staatsanwaltschaft Düsseldorf und die Deutsche Hochschule



Immer wieder werden Einsatzkräfte bei der Ausübung ihres Dienstes Opfer von verbaler und nonverbaler Gewalt.

Foto: BS/cocoparisienne, pixabay.com

der Polizei (DHPol) gewonnen werden.

Auch der Behörden Spiegel nimmt sich dem Thema an und bietet mit seinem Behörden.blog eine Plattform zum Austausch von Gewalterfahrungen.

Wenn der RTW angegriffen wird

(BS/Stefan Kindsvater*) Mit Steinen oder Feuerwerkskörpern beworfen, mit Waffen oder gefährlichen Gegenständen angegriffen: Bemerkenswert viele Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdiensten haben das schon am eigenen Leib erlebt.

Was immer die Ursachen sind – die Gewalt kommt oft völlig unerwartet und scheinbar grundlos. Wenn dann alle Deeskalationsbe-

mühungen scheitern, ist es gut, wenn man einen sicheren Rückzugsort hat, an dem man auf das Eintreffen der Polizei warten kann.

Hier aber liegt derzeit noch einiges im Argen. Im Vertrauen darauf, dass Rettungsdienste in der Bevölkerung als unverzichtbare Helfer wahrgenommen werden, deren Unversehrtheit selbstverständlich außer Frage steht, wurden die Einsatzfahrzeuge bislang kaum gegen Gewalt geschützt. Es ist daher die Frage zu stellen, ob man nicht zumindest diejenigen, die in der Regel als erstes am Einsatzort eintreffen, auf ein höheres Sicherheitslevel heben sollte.

Spezielscheiben schützen Polizeibeamte bereits seit Jahren

Dies könnte relativ schnell durch den Einsatz von Kunststoff-Sicherheitsverschiebungen geschehen, wie sie bei Anti-Riot-Fahrzeugen der Polizei bereits seit Jahrzehnten erfolgreich im Einsatz sind. Sie verhindern Angriffe auf die Insassen und halten die Fahrzeuge dank optimalem Durchblick ohne Splitter auch manövrierfähig – falls ein schneller Rückzug erfor-

derlich ist. Technisch auf dem aktuellsten Stand dürfte die neueste Generation der PC-Verbundsicherheits-scheiben der KRDSicherheits-technik GmbH sein (KASIGLAS®). Sie bestehen aus gleich mehreren Schichten des ultrarobusten und hochtransparenten Kunststoffs Polycarbonat (PC), der auf Schläge derart elastisch reagiert, dass selbst Steinwürfe der Scheibe nichts anhaben können.

Dank einer hochspezialisierten, praktisch glasharten Beschichtung sind sie zudem gegen leichte Kratzer und Abrieb gefeit. Dadurch erfüllen sie auch eine wichtige Anforderung der ECE R43-Richtlinie, die die allgemeine Straßenzulassung von Kunststoff-scheiben regelt.

Nicht zuletzt ist KASIGLAS® auch vandalismusfest und robust etwa gegen Baumwurf und muss dadurch seltener kostenaufwendig ausgetauscht werden als splitterndes Mineralglas.

**Stefan Kindsvater ist Produktmanager KASIGLAS®-Sicherheitsscheiben bei der KRDSicherheits-technik GmbH.*



Mineralglas wie in üblichen Windschutzscheiben hält Vandalismus und Angriffen nicht stand (Bild). Ganz anders Kunststoff-Sicherheitsverschiebungen, die die Polizei seit Jahrzehnten einsetzt. In unruhigen Zeiten wie diesen vielleicht auch eine Lösung für Feuerwehr- und Rettungsdienste.

Foto: Adobe Stock

Panne – (Mo)WaS?

(BS) Stell Dir vor, es gibt einen Alarm – eine Rakete ist im Anflug, ein Meteorit droht einzuschlagen oder ein Atomkraftwerk droht wegen eines Terroranschlages zu zerbersten – dann braucht es einen nationalen Alarm. Diesen muss jeder – aber auch jeder hören oder lesen können. Zu Zeiten des Kalten Krieges war das kein Problem. Denn in der Bundesrepublik (alt) gab es 86.000 Sirenen, zehn Warnämter mit insgesamt 500 Mitarbeitern und 30 Millionen Deutsche Mark Budget. Das wurde aufgrund der sogenannten Friedensdividende abgeschafft. Man glaubte sich in Frieden.

Doch die neue sicherheitspolitische Situation führte dann zu der Überlegung, dass eine nationale Warnung der gesamten Bevölkerung durchaus wieder Sinn machen würde. Also beschloss die Innenministerkonferenz (IMK) 2019, dass eine Warnung der Bevölkerung wieder notwendig sei. Da das Gesamtsystem des Zivilschutzes zu diesem Zeitpunkt aber schon weitestgehend heruntergefahren war, gab es jahrelange Diskussionen über eine neue Warnmöglichkeit für die Bevölkerung. Es wurden dann technische Lösungen auf verschiedenen Kanälen gesucht. Das ist das eine Problem. Das andere Problem besteht jedoch in der Tatsache, dass das Bundesamt für Zivilschutz aufgelöst wurde und stattdessen in gewisser Weise unter Verschleierung und Vermengung der Aufgaben von Zivil- und Katastrophenschutz auf Bundesebene ein neues Amt unter dem Innenminister Otto Schily (SPD) ins Leben gerufen wurde. Das war 2004. Da laut Grundgesetz die Bundesländer für den Katastrophenschutz zuständig sind, nannte man das Amt dann Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Es sollte aber implizit auch eine Weiterführung des Zivilschutzes wahrnehmen, der aber explizit als solcher politisch in Friedenszeiten gar nicht gewollt war.

Überraschende Kritik

Die Probleme mit dem Warntag, der schief lief, sind also nicht nur technischer Natur, sondern auch struktureller. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erklärte: "Die

Verantwortung liegt beim BBK." Der Innenminister setzte dann noch einen drauf: "Sie können davon ausgehen, dass sich da in jeder Richtung Grundsätzliches ändern wird. Wir müssen da völlig neu ordnen dort. Und da kümmere ich mich persönlich drum." Die Kritik kam überraschend, denn längst lag dem Innenminister ein Drei-Stufen-Konzept zur Stärkung des nationalen Risiko- und Krisenmanagements vor. Das hatte er sogar in seiner Aktenmappe, als er noch vor zwei Monaten auf der Innenministerkonferenz (IMK) in Erfurt war. Seine Mitarbeiter hatten es ihm mitgegeben, um den Vorstoß zur Stärkung des Bundes im Katastrophenschutz zu machen. Er hat es aber auf der IMK nicht zur Sprache gebracht. Denn das Grundgesetz regelt eindeutig, dass Katastrophenschutz eine Aufgabe der Bundesländer ist. Kommt der Bund hier auch nur mit einem Vorschlag in Richtung Zentralisierung um die Ecke, stehen die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen sofort auf der Matte und blockieren.

Mehr Rechte auf Seiten des Bundes?

Seehofer hatte in seiner Aktenmappe auf der IMK zwei Vorschläge. Beim einen ging



Sirenen wurden in Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges in Deutschland flächendeckend abgebaut.

BS/Thomas Max Müller, pixelio.de

es um eine Verbesserung und Stärkung des nationalen Risiko- und Krisenmanagements aufseiten des BBK, ohne dass eine Grundgesetzänderung notwendig gewesen wäre. Das zweite Papier enthielt dann aber giftige Vorschläge, die die Bundesländer sicherlich auf die Palme gebracht hätten. Danach sollten eine Überprüfung des bisherigen verfassungsrechtlichen Rahmens und eine Veränderung in den Zuständigkeiten von Bund und Ländern in Sachen Katastrophenschutz zugunsten des Bundes stattfinden.

Fortsetzung auf Seite 6

iconos® Lösungen zur Waldbrandbekämpfung

www.iconos-system.com

<p>iconos® Feuerbock 2L</p> 	<p>iconos® Löschexpress</p> 	<p>iconos® Düsenschauch</p> 	<p>iconos® Kreisregner</p> 
--	---	--	---

iconos® Vertriebs GmbH

Tel.: 0203-74 1469 · www.iconos-system.com

Fortsetzung von Seite 5

Dazu sollte der Artikel 87 des Grundgesetzes geändert werden und eine Zentralstellenfunktion – vergleichbar der des Bundeskriminalamtes – für das BBK eingerichtet werden.

Der gescheiterte bundesweite Warntag war für das Bundesinnenministerium (BMI) eine Blamage par excellence. Denn dort wurde groß angekündigt, dass man seit 30 Jahren erstmals wieder eine nationale Bevölkerungswarnung durchführen wolle.

Alarm zu früh ausgelöst

Nun muss dringend die Software verbessert werden. Doch das alleine dürfte kaum ausreichen, zumal es derzeit keine Schnittstelle zwischen MoWaS und den Sirenen gibt. Seit Jahren steht im Raum, dass neue Hochleistungs-Sirenen in Stellung gebracht werden könnten. Diese wären in der Lage, mit nur 500 an der Zahl und den ergänzenden

Warnkanälen über Medien die gesamte Bevölkerung zu erreichen. Eine komplexe Aufgabe, vor allem eine finanzielle. Doch wenn man jetzt betrachtet, welche Geldsummen zu Corona-Zeiten auf den Weg gebracht werden, wären diese Mittel sicherlich nicht schlecht angelegt. Da liegt aber ein anderer Hasenfuß.

Der Bund möchte das Thema nicht zentral anpacken, weil der Katastrophenschutz Ländersache ist. Und die Länder verteidigen dieses Privileg vehement, obwohl sie selbst in der Vergangenheit äußerst wenig in den Katastrophenschutz investiert haben. Der Bund leistet da deutlich mehr.

Zivilschutzamt wäre besser

Doch er hat erstens das Problem, dass das BBK eine Art Zwitter ist. Und zweitens ist eine Zusammenlegung von BBK und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), die bereits vor Jahren ausgiebig diskutiert wurde, derzeit nicht durchsetzbar.

Zum Zeitpunkt der BBK-Errichtung 2004 war möglicherweise noch nicht klar, dass wir in eine andere sicherheitspolitische Lage geraten würden. Vielleicht hätte der Bund seinerzeit besser wieder ein Zivilschutzamt einführen sollen. Doch das lag damals nicht auf SPD-Linie. Besser wäre es in jedem Falle gewesen, denn dann hätte der Bund einen einfacheren Zugriff auf Kompetenzen und Zuständigkeiten.

Nun kam es dennoch zum Showdown. Der jetzige BBK-Präsident Christoph Unger, ein bekennender SPD-Mann, wurde öffentlich demissioniert. Armin Schuster, derzeit CDU-Bundestagsabgeordneter, wird folgen. Das ist jetzt eine parteipolitische Personalentscheidung. Ob diese Entscheidung jedoch auch tatsächlich einen Wechsel und ernsthaften Ansatz bietet, das BBK in eine Zentralstellenfunktion zu hieven, wird sich noch zeigen. In den verbleibenden elf Monaten bis zur Bundestagswahl bleibt dafür eigentlich keine Zeit mehr.



**IHR KOMPETENTER PARTNER FÜR
PROFESSIONELLE DROHNENSYSTEME
UND BOS-LÖSUNGEN**







DJI MATRICE 300 RTK

- Triple Kamera
- 40x optischer Zoom
- IP 45
- Laserentfernungsmesser
- Wärmebildkamera
- Emissionsdetektoren



DJI MAVIC 2 ENTERPRISE

- Thermal oder Zoom Kamera
- Lautsprecher und Scheinwerfer
- Flugkörper- und Propellerschutz

Einsatzbereiche

- Aufklärung & Einsatzkoordination
- Personen- und Vermisstensuche
- Brandentwicklung & Glutnestersuche
- Emissionsmessungen
- Schadensdokumentation
- Verkehrsbeobachtung
- Abstandsmessung
- Crowd Management

Globe Flight - Auf einen Blick

- Beratung, Verkauf und Service von Profis mit jahrelanger Erfahrung
- A.S.T. - Anerkannte Prüfstelle für Kenntnisnachweise
- Globe Flight Academy - Trainings- und Schulungsprogramme für Piloten

- Globe Flight RepairCenter - Zertifiziertes Reparatur und Service-Center
- Autorisierter Distributor und Partner der Unternehmen DJI und FLIR
- Mehr als 100 zufriedene BOS Kunden Deutschlandweit

09401/949 88 88 | Info@globe-flight.de | www.globe-flight.de

Neuer Vorsitzender und Eklat beim ThFV

(BS) Auf der 92. Verbandsversammlung des Thüringer Feuerwehr-Verbandes (ThFV) wurde ein neuer Verbandsvorsitzender gewählt. Karsten Utterodt löst nun Lars Oschmann an der Spitze ab. Die 126 Delegierten aus den Kreis- und Stadtfeuerwehren sprachen sich mit 90,2 Prozent der Stim-



Karsten Utterodt ist neuer Verbandsvorsitzender des Thüringer Feuerwehr-Verbandes (ThFV).

Foto:BS/ThFV/Binder

men für den neuen Vorsitzenden aus. Der 54-Jährige ist seit 1982 Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Weimar und war mehrere Jahre als Pressesprecher im ThFV tätig. "Gemeinsam sind wir die Feuerwehr, die wir gemeinsam gestalten", sagte Utterodt. Er möchte sich besonders für die Modernisierung der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule sowie für die Verankerung des Ehrenamtes als Staatsziel in der Landesverfassung einsetzen. Oschmann war seit 2000 ehrenamtlicher Verbandsvorsitzender und Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV).

Auftritt von Björn Höcke sorgt für Unmut

Im Nachgang an die Versammlung ist es jedoch zum Eklat gekommen. Durch einen Post auf der Plattform Instagram wurde bekannt, dass auf der Versammlung auch der AfD-Politiker Björn Höcke ein Grußwort

sprach. Höcke gilt als Führungsperson des offiziell aufgelösten "Flügels" der AfD, der unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht.

Nach Bekanntwerden heißt es aus dem ThFV zu dem Auftritt: "Was wir nicht dulden, sind geistige Brandstiftung und Hetze jeder Art. Hierzu haben wir eine klare Haltung, die sich nicht zuletzt in unserem Leitbild widerspiegelt."

Ebenso sprang der DFV dem Thüringer Verband bei und lässt verlautbaren, dass es für die demokratischen Grundsätze der Feuerwehr wichtig sei, "jeglichen antidemokratischen Handlungen keine Chance zu geben". Es hätte keinerlei Interaktion zwischen DFV-Mitgliedern und Höcke gegeben sowie Applaus oder andere Formen der Zustimmung zu seinem Grußwort. Als Konsequenz aus dem Auftritt wolle man Extremisten keine Bühne geben.

MEISTER-hafte Qualität, die hell auf begeistert!

- ⇒ kompakt auf Stativ und Flutlichttragen
- ⇒ unkompliziert am Lichtmast
- ⇒ bequem als Handscheinwerfer
- ⇒ Deutsches Qualitätsprodukt
- ⇒ zuverlässige, langjährige Ersatzteilversorgung

www.karl-meister.de



Unser „Highlight“:
Der Strahler LED 180 AC
mit 23.100 Lumen!

KARL *Meister* GmbH

Werner Vogt verabschiedet

(BS) Der langjährige Landesbeauftragte für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland des Technischen Hilfswerk (THW), Werner Vogt, wurde in den Ruhestand verabschiedet.

Den Abschied feierten rund 60 Gäste aus



Werner Vogt war zwölf Jahre Landesbeauftragter für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland des Technischen Hilfswerk (THW).

Foto: BS/THW, Yann Walsdorf

Politik, Behörden, Unternehmen und Einsatzorganisationen bei einem Festakt in Koblenz. THW-Vizepräsidentin Sabine Lackner würdigte Vogt und seine Führung des Landesverbands. Durch Vogt sei der Verband immer wieder "innovativer Vorreiter" gewesen. Vogt dankte allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräften für ihr Engagement und mahnte als starker Verfechter des Ehrenamtes bei seiner Verabschiedung: "Ein Tag, in dem man nichts für das Ehrenamt tut, den darf es geben. Diese Tage sollten aber nicht das Ziel unseres Handelns sein."

Vogt war 24 Jahre hauptamtlich beim Hilfswerk tätig. Der ehemalige Beauftragte stieß 1996 vom damaligen Bundesamt für den Zivilschutz zum Hilfswerk. Dort leitete er zunächst das Referat Einsatz im Landesverband in Mainz. Seit 2008 nahm er die Position als Landesbeauftragter wahr.

DBRD-Gruppe in Nds

(BS) Der Deutsche Berufsverband Rettungsdienst (DBRD) hat in Oldenburg die Landesgruppe Niedersachsen gegründet. Der Notfallsanitäter Philipp Roghmann wurde im Beisein der Vorstandsmitglieder Marco K. König und Frank Flake zum Landesgruppensprecher gewählt.



Der neue Landesgruppensprecher: Philipp Roghmann Foto: BS/DBRD

**AUF ALLE FÄLLE
EINSATZBEREIT**

ELTEN.COM

ELTEN

CURT GTX F2A
ART. NR.: 89621 | GR.: 38 – 50

DIE KOMBINATION AUS SCHNÜRUNG UND REISSVERSCHLUSS SORGT STETS FÜR SICHEREN HALT UND DAS GORE-TEX INNENFUTTER HÄLT DIE FÜSSE AUCH MITTEN IM LÖSCHWASSER TROCKEN.

Über 1,8 Millionen Einsätze in NRW

(BS) Im vergangenen Jahr absolvierten die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen über 1,8 Millionen Einsätze. Dies geht aus der Jahresstatistik Gefahrenabwehr 2019, die das Düsseldorfer Innenministerium nun veröffentlichte, hervor. Die Zahl sank im Vergleich zum Jahr 2018 um über 30.000 Einsätze.

2019 wurden die Einsatzkräfte der Feuerwehren rund 50.000-Mal für Brände alarmiert und leisteten rund 140.000-Mal technische Hilfe. Den größten Teil der Einsatzfahrten machten die Rettungsdienst-einsätze aus. Dabei rückten die Rettungskräfte 1,4 Millionen Mal aus. Absoluter Spitzenreiter bei den Einsätzen nach den Regierungsbezirken war der Bezirk Düsseldorf mit über 731.000 Alarmierungen gefolgt vom Bezirk Köln mit "nur" 370.000 Einsätzen.

Im vergangenen Jahr engagierten sich knapp 90.000 Frauen und Männern in 396

Freiwilligen Feuerwehren. Dem gegenüber stehen über 10.000 hauptamtliche Feuerwehrkräfte in 30 Berufsfeuerwehren. Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist bei den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Wehren noch relativ gering. Von den 10.000 Kräften der Berufsfeuerwehren waren dies 175 Frauen. Bei den Freiwilligen Feuerwehren waren dies 6.275 von 88.839 Kräften.

Positive Entwicklung bei den Jugendfeuerwehren

Eine positive Entwicklung ließ sich zudem bei der Mitgliederzahl der Jugendfeuerwehren feststellen. Die Zahl stieg um über ein Prozent auf 22.700 Mitglieder. Bei den Jugendfeuerwehren war sogar jedes fünfte Mitglied weiblich.

"Ich freue mich über so viel Engagement und hoffe, dass noch mehr Menschen den Weg zur Feuerwehr finden. Wir brauchen diese engagierten Frauen und Männer. Dass



Die Kräfte der Feuerwehrfrauen und -männer absolvierten im Jahr 2019 über 1,8 Millionen Einsätze.

Foto: BS/Klawon

immer mehr Jugendliche zur Feuerwehr kommen, zeigt: Gemeinschaftssinn, Kameradschaft und Engagement sind und bleiben attraktive Werte", sagte Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul (CDU), zu der Entwicklung.

Die vollständige Statistik findet sich [hier](#).

DRTK-HM4



DRTK-M1



2 neue Maschinen für den kleinen Bedarf zum Reinigen, Desinfizieren und Trocknen von Helmen, Atemschutzmasken und Lungenautomaten

ALRO

 Gartenweg 11
 74743 Seckach
 Germany
 Tel. : +49 6292 - 929 202
 www.al-ro.de

Für mehr Infos, melden Sie sich unter:
info@al-ro.de

Bewahrt die PSA die Feuerwehr vor Krebserkrankungen?

(BS/ Thomas Wittschurky*) Die Persönliche Schutzausrüstung in den Freiwilligen Feuerwehren – kurz PSA genannt – ohne sie geht in keiner Wehr irgendetwas. Der technische Fortschritt auf allen Ebenen hat die PSA in vielen Einsatzsituationen zur "Ritterrüstung" gemacht. Eine prinzipiell gute Sache, auch wenn dadurch manchmal das Gespür für Gefahrensituationen zurückgedrängt wird – weil man sich ein Stück weit für "unverwundbar" hält. Wir wissen allerdings, dass die PSA ihre Grenzen hat. Schützt sie zum Beispiel wirksam vor krebs-erzeugenden Gefahrstoffen? Ich knüpfe da an die Debatte an, die unter dem zwar plakativen, aber doch sehr verkürzten Begriff "Feuerkrebs" geführt wird.

Worum geht es? Dass Feuerwehrangehörige bei ihren Einsätzen sehr heterogenen Gefahren ausgesetzt sind, ist bekannt – und die PSA schützt ja auch zuverlässig vor den allermeisten Einflüssen. Erkrankt ein – und ich betrachte jetzt ausschließlich den ehrenamtlichen Feuerwehrdienst – Angehöriger einer Freiwilligen Feuerwehr an Krebs, stellt sich die Frage, ob die Ursache dieser Krebserkrankung im ehrenamtlichen Dienst liegt. Ist das der Fall, kommt eine Entschädigung der Erkrankung als Berufskrankheit (BK) im Sinne des Siebten Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit der Berufskrankheiten-Verordnung in Betracht. Und da sind wir beim Kern des Problems angelangt: Das deutsche Sozialrecht entschädigt nur die Krankheiten als BK, die in der Berufskrankheiten-Verordnung als solche bezeichnet sind. Die Kompetenz hierzu hat die Bundesregierung. Sie ist ermächtigt, in der Berufskrankheiten-Verordnung solche Krankheiten als BK zu bezeichnen, die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht sind, denen bestimmte Personengruppen durch ihre versicherte Tätigkeit in erheblich höherem Grade als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind. Derartige Erkenntnisse gibt es.

So werden beispielsweise durch Asbestfaserstaub verursachte Lungenkrebserkrankungen oder durch die Einwirkung von polyzyklischen aromatischen Kohlenwas-

serstoffen hervorgerufene Blasenkrebserkrankungen als BK entschädigt. Aus diesem Grund erhalten in der gesetzlichen Unfallversicherung versicherte freiwillige Feuerwehrmänner und –frauen Entschädigung, wenn sie an einer durch ihren Dienst verursachten und in der Berufskrankheiten-Verordnung als BK bezeichneten Krebserkrankung leiden.

Ob es weitere medizinische Erkenntnisse gibt – wie in der aktuellen "Feuerkrebs"-Debatte unter Hinweis auf ausländische Studien bekräftigt wird – prüft derzeit der Spitzenverband der Unfallkassen und Berufsgenossenschaften, die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), in einem Forschungsprojekt, das das DGUV-eigene Institut für Prävention und Arbeitsmedizin (IPA), das an die Ruhr-Universität Bochum angegliedert ist, in dem Forschungsprojekt "Krebsrisiko im Feuerwehrdienst – Humanbiomonitoring von Feuerwehreinsatzkräften bei Realbränden". Das Projekt ist nicht zuletzt auch auf Initiative des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und seiner Fachbereiche ins Leben gerufen worden; der DFV ist im Projekt-Lenkungskreis mit einem seiner Vize-

präsidenten hochrangig vertreten. In dem Forschungsprojekt wird untersucht, wieviel krebs-erzeugende Stoffe bei der Brandbekämpfung auch über die Haut aufgenommen werden – und ob und wie die PSA verbessert werden kann und muss. Durch das Humanbiomonitoring wird es möglich sein, Strategien und Verhaltensweisen für den Einsatzalltag so anzupassen, dass die Belastung der Einsatzkräfte weiter minimiert wird, BKs also gar nicht erst entstehen. Die Studie läuft derzeit bei den Feuerwehren in Berlin und in Hamburg. Ende dieses Jahres werden erste Projektergebnisse vorliegen. Dann werden wir hoffentlich zuverlässig wissen, ob es weitere Erkenntnisse über Krebsgefahren im Feuerwehreinsatz gibt, die über die derzeit gültige BK-Liste hinaus bewertet werden müssen. Die Forschungsergebnisse des IPA werden die Diskussion um eine mögliche Erweiterung der BK-Liste auf eine sachliche und fundierte Diskussebene hieven. Und sie werden wichtige Erkenntnisse bringen im Hinblick auf die Qualität der PSA.

*Thomas Wittschurky ist Leiter des Fachbereichs "Sozialwesen" im Deutschen Feuerwehrverband (DFV).

... ARBEITSSICHERHEIT • RETTUNG • PSAGa • SEILZUGANGSTECHNIK • ABSTURZSICHERUNG ...

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner für Kletterausrüstungen, Höhensicherung, Arbeitssicherheit, Rettung, Arboristik, Seilzugangstechnik, PSAGa sowie Sonderlösungen. Schnell und kompetent dank über 25 Jahren Erfahrung und einem großen Lager, gefüllt mit vielen Produkten namhafter Hersteller:

und vielen mehr...

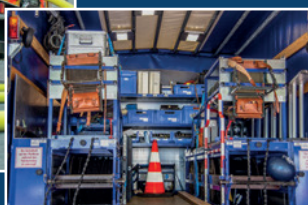
Ob über den **KLETTER-SPEZIAL-LADEN.DE** powered by **BLACKSAFE®** per eMail oder am Telefon, wir sind für Sie da.

Blacksafe GmbH
Georg-Hardt-Straße 7 • 83624 Otterfing
T: 0049 (0) 8024 476635-0 • info@blacksafe.de • www.blacksafe.de

BOS

Beschaffungertage 2020

10. – 11. November 2020



Fachvorträge und Workshops zu den Themen:

- Das Leistungsbestimmungsrecht bei BOS-Beschaffungen
- Rahmenverträge in der Beschaffungspraxis
- Sicherheits- und haftungstechnische Aspekte bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen
- Lohnt sich eine Innovationspartnerschaft?
- Praktische Unterschwellenvergabe
- Vergabemodelle bei Planung & Bau von BOS-Spezialimmobilien
- eVergabe: aktuelle Rechtsprechung & Praxisaustausch
- Aktuelle vergaberechtliche Rechtsprechung in BOS-orientierter Auslese
- Beschaffung von Einsatzleitwagen: Herausforderungen und Herangehensweisen
- Beschaffung von Einsatz-Schutzkleidung
- Fristenmanagement im Vergabeverfahren
- Leasing von Einsatzfahrzeugen

www.bos-beschaffungertage.de

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Fachliche Leitung

MAYBURG
RECHTSANWALTSGESELLSCHAFT MBH
RECHTSANWÄLTE | FACHANWÄLTE

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Michael Harbeke, Tanja Klement, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Wim Orth, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Kilian Recht, Benjamin Stiebel. Redaktionsassistenten: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.